

2019/J XX.GP

ANFRAGE

der Abgeordneten Sonja Ablinger
und Genossen

an den Bundesminister für Wissenschaft und Verkehr

betreffend APA-Aussendung vom 17.2.1997 ("Studiengebühren" - Studie des
Wissenschaftsministeriums)

In einer Presseaussendung der APA vom 17.2.1997 (siehe Beilage) wird berichtet, daß das
Wissenschaftsministerium eine Studie in Auftrag gegeben hätte, die der "seit einigen
Monaten im Wissenschaftsressort teilzeitbeschäftigte ÖVP-Ex-ÖAAB-Obmann Josef Höchtel"
erstellt habe. Wie aus der Meldung hervorgeht, hat Dr. Höchtel der APA gegenüber politische
Schlußfolgerungen aus seiner Studie gezogen.

In diesem Zusammenhang stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundesminister
für Wissenschaft und Verkehr nachstehende

Anfrage:

1. Ist es im Bundesministerium für Wissenschaft und Verkehr üblich, daß Beamte
mittels APA-Meldungen über ihre Tätigkeit im Ressort berichten?
2. In welcher Weise ist die Veröffentlichung von seitens des Wissenschaftsministeriums
in Auftrag gegebenen Studien geregelt?
3. Sind Sie bereit, den Mitgliedern des Wissenschaftsausschusses die gesamte Studie
zum Thema "Studiengebühren" zur Verfügung zu stellen?

Universität/Studenten/Finanzen/Eu/G r a f i k

Studiengebühren in sieben der 15 EU-Staaten GRAFIK 0201/97

Utl . : Studie des Wissenschaftsministeriums -

Wien (APA) - In sieben der 15 EU-Staaten gibt es Studiengebühren .

Das zeigt eine vom Wissenschaftsministerium in Auftrag gegebene Studie, die der seit einigen Monaten im Wissenschaftsressort teilzeitbeschäftigte ÖVP-Abgeordnete Ex-ÖAAB-Obmann Josef Höchtel erstellt hat. Die Höhe der Gebühren schwankt dabei umgerechnet zwischen rund 900 und 45.000 Schilling jährlich . Wie Höchtel als . Schlußfolgerung aus seiner Studie gegenüber der APA betonte, werde In ganz Europa die Universitätsfinanzierung als neue Herausforderung betrachtet und auch in Österreich werde man sich dem Projekt 'Zukünftige Sicherung der Finanzierung der universitäten" stellen müssen. *****.

In der Eu gibt es Studiengebühren in Belgien (Flandern: 875 bis 5.775 S jährlich, Wallonien: 7.350 S) , Frankreich (1.400 bis 3.500 S , 'Verwaltungsgebühren,') , Großbritannien (11.900 bis 44.800 S , die allerdings vollständig durch die jeweiligen Kommunen finanziert werden) , Italien (1.785 bis 5.355 S) , Niederlande (14.350 S) , Portugal (4.900 bis 5.600 S) und Spanien (3.500 bis 4.900 S) . Irland hatte bis Ende vergangenen Jahres Gebühren in Höhe zwischen 24 . 500 und 44.800 , diese aber ab Anfang 1997 abgeschaffen.

Keine Gebühren für das Studium werden in Dänemark, Griechenland, Luxemburg, Österreich und Schweden eingehoben. Deutschland und Finnland stellen Sonderfälle dar: Es gibt zwar offiziell keine Studiengebühren, es werden aber sogenannte sozialbeiträge (in Deutschland je nach Bundesland bis zu 1.400 S, in Finnland rund 1.400 S) eingehoben.

Außerhalb der Eu gibt es in westeuropa Studiengebühren nur in der Schweiz (4.200 bis 10.500 S) . In Norwegen und Island (einmalige Einschreibgebühr von 4.200 S) werden keine Gebühren eingehoben. Als extrem schwierig hat sich nach Angaben Höchtels die Recherche über die Gebührensituation in den Ländern Mittel- und Osteuropas erwiesen. Fix ist, daß in Bulgarien, Lettland, Litauen, ,Tschechischen und Ungarn Studiengebühren für den Besuch staatlicher Universitäten eingehoben werden, über deren Höhe Höchtel keine Angaben machen konnte . Keine Gebühren eingehoben werden in Estland, Slowenien und der Slowakei, wo aber jeder Student sowohl eine Einschreibgebühr pro Semester als auch eine einmalige Prüfungsgebühr zu bezahlen hat. Noch gebührenfrei ist das Studium in Polen, das neue Hochschulgesetz sieht aber vor, daß jene Studierende Studiengebühren zahlen müssen, die die Regelstudienzeit überschreiten .

Wie Höchtel bei seinen Recherchen festgestellt hat, ist in fast allen Staaten die budgetäre Enge Ausgangspunkt für Diskussionen um die Hochschulfinanzierung. Überall sei dabei versucht worden, 'dem Moment der sozialen Verträglichkeit gerecht zu werden". In vielen Ländern mit Studiengebühren werde mit den damit lukrierten Gelder versucht, einerseits die durchschnittliche studienzeit zu senken, andererseits die Zahl der Absolventen zu erhöhen, meinte Höchtel. Wie sich weiter zeige, würden in den staaten mit Gebühren die Studenten "immer stärker in eine Konsumentenrolle hineinwachsen, die das Angebot kritisch beurteilen und auch fordern, während den Unis zunehmend eine servicerolle zukommt'.

Für die Diskussion über die Hochschulfinanzierung in Österreich wünscht sich Höchtel eine "sinnvolle Diskussionskultur". Vermieden werden sollten dabei nach Ansicht des ÖVP-Politikers Problemregierung, das Aneinander-vorbeireden sowie das Zerreden, denn damit löst man kein einziges Problem.

(Schluß) cm/wea
APA315 1997-02-17/13 : 09
171309 Feb 97